

Bielefeld

Bildungsbüro

1. Bielefelder Bildungskonferenz am 24. Mai 2011

—

Das Ganze ist mehr
als die Summe seiner Teile

—

Bildungsnetzwerk in der Bildungsregion
Stadt Bielefeld

DOKUMENTATION DER TAGUNGSERGEBNISSE



Impressum:

Herausgeber: Stadt Bielefeld – Der Oberbürgermeister
Amt für Schule, Bildungsbüro

Verantwortlich: Georgia Schönemann

Erstellung: Barbara Busch-Viet

Gestaltung: com,ma Werbeberatung GmbH

Fotos: Niels Jösting, ccvision.de, fotolia.de

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|----------|
| Programm | Seite 5 |
| Grußwort, Oberbürgermeister Clausen | Seite 6 |
| Grußwort, Leiter Abteilung Schule bei der Bezirksregierung Detmold Michael Uhlich | Seite 7 |
| „Übergänge im Bildungssystem“ Impulsreferat von Prof. Dr. Kai Maaz | Seite 9 |
| Workshop 1 „Von Stolpersteinen zu Meilensteinen“ Optimierung des Übergangs zwischen verschiedenen Stufen formeller Bildung | Seite 11 |
| Workshop 2 „Eltern und Bildungseinrichtungen in einem Boot“ Möglichkeiten zur Steigerung von Elternbeteiligung in Bildungseinrichtungen | Seite 13 |
| Workshop 3 „Jedes Individuum ist einmalig“ Konzepte individuellen Förderns und Forderns | Seite 15 |
| Workshop 4 „Kinder und Jugendliche abholen, wo sie stehen“ Bildungsdokumentation als ein Instrument auf dem Weg zu einer gelungenen Bildungsbiografie | Seite 18 |
| Workshop 5 „Jugendhilfe – Verein – Schule“ Kooperationen in einem sich verändernden Schulumfeld | Seite 20 |
| Workshop 6 „Kulturelle Vielfalt“ Hürde oder Chance auf dem Weg zu einer gelungenen Bildungsbiografie | Seite 22 |
| Workshop 7 „Perspektiven nach der Schule“ Gelingende Übergänge in Ausbildung und Arbeitsmarkt | Seite 24 |
| Workshop 8 – ausgefallen – | |
| Workshop 9 „Eine Schule für alle“ Auf dem Weg zur Inklusion | Seite 26 |
| Podiumsgespräch | Seite 29 |
| Feedback | Seite 29 |
| Ausblick | Seite 30 |
| Teilnehmerliste | Seite 31 |

„DAS GANZE IST MEHR ALS DIE SUMME SEINER TEILE“

Unter diesem Motto haben sich knapp 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 24. Mai 2011 zur 1. Bielefelder Bildungskonferenz in der Ravensberger Spinnerei in Bielefeld getroffen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld Pit Clausen und der Abteilungsdirektor Schule bei der Bezirksregierung Detmold Michael Uhlich hatten gemeinsam zu der Tagung eingeladen.

- Vereinfachung der Zugänge zu Bildung
- Optimierung von Bildungsübergängen
- Verbesserung der Transparenz des Bildungsangebotes in der Region
- Entwicklung innovativer und nachhaltiger Förder- und Bildungskonzepte

Dies sind nur einige der Ziele, die die Stadt Bielefeld und das Land Nordrhein-Westfalen vertreten durch die Abteilung Schule bei der Bezirksregierung Detmold auf Grund ihres Kooperationsvertrages seit Juni 2010 verfolgen.

Durch die Veranstaltung sollte u. a. die Vernetzung von Bildungsakteuren in Bielefeld und der Region als ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Erreichung der beschriebenen Ziele gestärkt werden.

Vor diesem Hintergrund hatten der Lenkungskreis und das Leitungsteam der Bildungsregion im Vorfeld der Veranstaltung entschieden, den Teilnehmerkreis der 1. Zusammenkunft nicht auf die laut Kooperationsvertrag vorgesehenen Mitglieder der Bildungskonferenz zu beschränken, sondern diese für möglichst viele an Bildungsfragen interessierte Akteure zu öffnen.

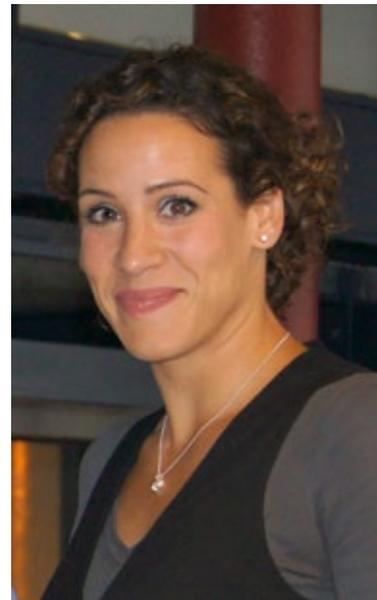


LISSY ISHAG, VOM WDR STUDIO BIELEFELD

führte durch das viereinhalbstündige Programm

PROGRAMM

- 13:30 Uhr Anmeldung, Stehcafé, Videoclips
- 14:00 Uhr Begrüßung
Pit Clausen, Oberbürgermeister Stadt Bielefeld
Michael Uhlich, Bezirksregierung Detmold
- 14:20 Uhr „Übergänge im Spannungsfeld von Fiktion und Illusion“
Matthias Wesslowski, Europäisches Institut für Bildungskompetenz,
Hannover
- 14:25 Uhr „Übergänge im Bildungssystem“
Impulsreferat von Prof. Dr. Kai Maaz, Universität Potsdam mit
anschließender Fragerunde
- 15:30 Uhr Kaffeepause
- 15:45 Uhr Moderierte Workshops „Bildungsperspektiven“
- 17:15 Uhr „Bildungsbiografien zwischen Orientierung und Okzidentierung“
Matthias Wesslowski
- 17:45 Uhr Kurzvorstellung der Workshopergebnisse
- 17:55 Uhr Bildungsnetzwerk in der Bildungsregion Stadt Bielefeld –
Eine win-win Situation für alle Beteiligten?
- Podiumsgespräch mit Katja Häckel, Bielefelder Jugendring e. V.; Prof. Dr. Kai Maaz, Universität
Potsdam; Michael Uhlich, Abteilungsdirektor Schule bei der Bezirksregierung Detmold; Regine
Weißefeld, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses; Dr. Udo Witthaus, Beigeordneter für den
Bereich Schule/Bürger/Kultur
- 18:30 Uhr Ausklang



GRUSSWORT, OBERBÜRGERMEISTER PIT CLAUSEN



Oberbürgermeister Pit Clausen, gleichzeitig Mitglied des Lenkungs-kreises der Bildungsregion, betonte in seinen Begrüßungsworten, dass keine moderne Großstadt das Thema Bildung ignorieren könne.

Aus diesem Grund sei Bildung auch in Bielefeld ein Topthema und Schwerpunkt in dem von der Stadt-gesellschaft auf den Weg gebrachten Bielefeld-Pakt. Bildung sei eine wesentliche Voraussetzung für beruflichen und wirtschaftlichen Erfolg und ein Schlüssel zu kultureller Teilhabe und politischer Mitsprache.

Vor diesem Hintergrund ist für Oberbürgermeister Clausen die ungerechte Verteilung von Bildungschancen in der Gesellschaft nicht hinzunehmen. Bildungsmöglichkeiten dürften nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Die Stadtgesellschaft müsse sich auf den Weg machen, mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen und bedarfsgerechte Förderangebote zu organisieren.

Bildung habe jedoch nicht nur eine kulturelle und soziale Funktion, sondern spiele darüber hinaus eine wichtige Rolle als Entwicklungsmotor einer Stadt.

Entwicklung lasse sich nur unter Rückgriff auf das Wissen und die Kompetenzen der Stadtgesellschaft generieren und mobilisieren. Bildung sei daher auch im Hinblick auf moderne und progressive Stadtentwicklung ein Thema.

Welchen Stellenwert die Stadt Bielefeld der Weiterentwicklung der Bildungslandschaft einräume, lasse sich exemplarisch an harten Fakten ablesen.

So seien vorschulische Betreuungsangebote in Bielefeld im landesweiten Vergleich überproportional gut ausgebaut worden. Für unter Dreijährige werde im kommenden Jahr eine Versorgungsquote von 35 % erreicht. Die Versorgung der drei- bis sechsjährigen Kinder erreiche sogar annähernd 100 %.

Schulgebäude würden mittels umfassender Investitionen auf zunehmenden Ganztagsbetrieb vorbereitet.

Im März sei der 1. Bielefelder Bildungstag für die Diskussion vielfältiger Facetten zum Thema Bildung genutzt worden.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein in Bielefeld ist für Oberbürgermeister Clausen das kommunale Bildungsbüro, das – trotz des derzeitigen Haushaltsnotstandes – auf der Grundlage des im Jahr 2010 mit dem Land geschlossenen Kooperationsvertrages eingerichtet worden sei.

In vielen unterschiedlichen Kontexten werde inzwischen über Bildung geredet, was er sehr begrüße.

Anders als vielleicht von einigen erwartet, sei auch das Ergebnis des gerade zu Ende gehenden Grundschulforums für ihn nicht enttäuschend, da es gelungen sei, unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit schwierige Sachverhalte aufzuarbeiten und zu klären.

Für Oberbürgermeister Clausen sind sich alle Beteiligten einig in dem Ziel einer optimalen Grundschulversorgung für alle Schülerinnen und Schüler. Auf dem Weg dorthin werde es nun darum gehen, die zur Verfügung stehenden Kernressourcen optimal einzusetzen und zu verteilen.

Auch wenn das Grundschulforum sich letztlich nicht auf eine Empfehlung geeinigt habe, sei der Rat als demokratisch legitimiertes Gremium jetzt aufgerufen, nach ausführlicher sorgfältiger Bewertung der erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen einen Beschluss zu fassen.

Im Hinblick auf die im Einladungsflyer angedeuteten Ziele der Bildungsregion betonte Oberbürgermeister Clausen noch einmal die Notwendigkeit von Vernetzung. Ohne eine Bündelung von Kräften sei eine Umsetzung der in vielen Gesprächen bereits erarbeiteten ersten Maßnahmeempfehlungen nicht möglich.

Zum Abschluss dankte der Oberbürgermeister der Bezirksregierung Detmold, die sich als ein verlässlicher und sehr konstruktiver Partner erwiesen habe.

Sein Dank galt weiter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz für ihre Bereitschaft, sich in die anstehenden Diskussionsprozesse einzubringen und damit an der Erreichung der gesetzten Ziele mitzuwirken.

GRUSSWORT, LEITER ABTEILUNG SCHULE BEI DER BEZIRKSREGIERUNG DETMOLD MICHAEL UHLICH

Michael Uhlich, Abteilungsdirektor Schule bei der Bezirksregierung Detmold und ebenfalls Mitglied des Lenkungskreises begrüßte die Anwesenden im Namen der Bezirksregierung und des Ministeriums. Er wies darauf hin, dass es sich bei dem Aufbau von Bildungslandschaften um einen schon länger laufenden Prozess handele. Die Bildungskonferenz sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gestaltung der seit dem letzten Jahr auch in der Stadt Bielefeld im Aufbau befindlichen Bildungslandschaft. Diese müsse geprägt sein von der Vernetzung und systematischen Kooperation aller Beteiligten. Nur unter dieser Voraussetzung könnten allen Kindern und Jugendlichen gleichwertige Lern- und Lebenschancen eröffnet werden.

Uhlich betonte, dass auch vor Abschluss des Kooperationsvertrages schon – allerdings nur anlassbezogen – zusammengearbeitet worden sei. Jetzt gehe es darum, eine systematische Form der Zusammenarbeit auf Basis einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft zu etablieren. Die große Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer interpretierte er als gelebte Bereitschaft, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen.

In einem kurzen Rückblick erinnerte Uhlich an Bildungsreformprojekte wie „Schule & Co“ oder „Selbständige Schule NRW“ bevor er auf die inzwischen in allen Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirkes erfolgte Gründung von Bildungsbüros einging. Diese sei nicht selbstverständlich gewesen, sondern Ergebnis eines intensiven gemeinsamen Prozesses. Um die regionale Vernetzung zu gewährleisten, bestehe bei der Bezirksregierung die Servicestelle „Bildungsregion OWL“. Diese sehe vor allem die Moderation, Vermittlung und Koordinierung zwischen allen Bildungsregionen als ihre Aufgaben an. Da die in den Kreisen und der kreisfreien Stadt Bielefeld zwar grundsätzlich vergleichbaren Strukturen auf Grund des zu unterschiedlichen Zeiten erfolgten Abschlusses der Kooperationsverträge nicht einheitlich entwickelt seien, spiele der Erfahrungsaustausch zwischen den Bildungsregionen eine bedeutsame Rolle. Um diesen zu gewährleisten, fänden regelmäßige Sitzungen der Leiterinnen und Leiter der Bildungsbüros zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen statt. Zu nennen seien hier

- qualitätsorientierte Schul- und Unterrichtsentwicklung
- regionales Übergangsmanagement
- Sprachkompetenzförderung
- MINT
- frühe Bildung

Diese Themenstellungen spiegelten gleichzeitig die unterschiedlichen Handlungsfelder wieder, in denen die Bildungsregionen unterwegs seien. Uhlich betonte, dass es nicht um die Durchführung einzelner Projekte, sondern um die Initiierung eines kontinuierlichen Prozesses gehe, weshalb die abgeschlossenen Kooperationsverträge auch nicht befristet worden seien. Allen Beteiligten müsse klar sein, dass die angestrebten Ziele nur im Rahmen eines weit in die Zukunft reichenden Prozesses zu erreichen seien. Diese Erkenntnis sei manchmal schwierig zu vermitteln, da insbesondere im Bildungssektor häufig schnelle Erfolge gefordert würden.

Damit die Zusammenarbeit aller Bildungsakteure funktionieren, müssten Grundsätze wie größtmögliche Transparenz für alle Beteiligten, gemeinsame Zielbestimmung und Priorisierung von Aufgabenfeldern, Verhinderung von Parallelstrukturen sowie die Vermeidung unnötiger Bürokratie beachtet werden. Ebenfalls wichtig sei eine regelmäßige Evaluation und Rechenschaftslegung, wobei für letztere die Bildungskonferenz ein wichtiger Ort sei.

Weiter ging Uhlich auf die durch ihre Eigenschaft als wichtiger Hochschulstandort begründete Sonderstellung der kreisfreien Stadt Bielefeld ein. Diese bringe besondere Herausforderungen im Hinblick auf Bildungsbiografien mit sich und führe dazu, dass Bielefeld über ein anderes Umfeld verfüge als die ländlichen Kreise. Abschließend lud Uhlich die Anwesenden in der Hoffnung auf wichtige Impulse für die weitere Arbeit und mit einem Verweis auf die in Bielefeld positive Kultur der Partizipation ein, sich intensiv einzubringen.





Nach den Begrüßungsworten erläuterte der als Mitarbeiter des Europäischen Institutes für Bildungskompetenz in Hannover angekündigte **Matthias Wesslowski** dem erheiterten Publikum seine nicht ganz ernste Sicht auf „Übergänge im Spannungsfeld von Fiktion und Illusion“, bevor Moderatorin Lissy Ishag mit Prof. Dr. Kai Maaz von der Universität Potsdam einen Fachmann zu Übergängen im Bildungssystem begrüßte.



„ÜBERGÄNGE IM BILDUNGSSYSTEM“ IMPULSREFERAT VON PROF. DR. KAI MAAZ

Prof. Dr. Maaz richtete den Fokus seines Vortrages vorrangig auf den Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe. Hier ging er u. a. folgenden Fragen nach:

- Soziale Ungleichheit, wo entsteht sie?
- Wie entscheiden Eltern?
- Werden Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligt?
- Wie wirkt sich der institutionelle Rahmen auf den Herkunftseffekt aus?

Im Zusammenhang mit der Frage nach der Entstehung von sozialer Ungleichheit bediente er sich eines 1974 von Raymond Boudon entwickelten theoretischen Erklärungsmodells, das zwischen primären und sekundären Herkunftseffekten unterscheidet.

Für die Übergangsentscheidung von Eltern spielt nach Auffassung von Maaz neben Leistungsmerkmalen eine Kosten-Nutzen-Kalkulation eine wesentliche Rolle.

Grundannahmen der von ihm zu Grunde gelegten, ebenfalls u. a. von Boudon entwickelten Werterwartungstheorie sind, dass Individuen bei der Entscheidungsfindung kalkulieren, welche Kosten mit dem Besuch eines Bildungsgangs verbunden sind und welche Erträge sich hieraus ergeben. Aus einem Pool von Möglichkeiten werde diejenige gewählt, die den höchsten Nutzen verspreche und deren Erfolg am wahrscheinlichsten eintreffe.

Zusammenfassend kam Maaz zu dem Ergebnis, dass Bildungsübergänge Resultate getroffener Entscheidungen mit zum Teil richtungweisenden Konsequenzen seien, wobei mit Individuum, Institution und

Struktur unterschiedliche Faktoren und Ebenen beachtet werden müssten.

Bislang sei wenig über die Entscheidungs-genese bekannt. Zwar gebe es verschiedene Theorien, die empirische Überprüfung stehe aber noch weitestgehend aus.

Neben der Analyse einzelner Übergänge sei die Betrachtung der gesamten Bildungsbiografie notwendig.

Der Übergang in die Sekundarstufe I sei in erster Linie ein leistungsbasierter Übergang. Trotzdem gebe es einen unerfreulichen Effekt der sozialen Herkunft. Dieser werde zwar beim Übergang sichtbar, entstehe aber zu fast 75 Prozent vor dem Übergang. Eine Fokussierung auf den Übergang allein reiche daher nicht aus, wenn der Einfluss der sozialen Herkunft minimiert werden solle. Die von Prof. Dr. Maaz mit Hinweis auf die Dominanz sozialer Faktoren vertretene These, es gebe keine Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund losgelöst von Leistungsmerkmalen und sozialer Herkunft, stieß nicht bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bildungskonferenz auf ungeteilte Zustimmung.

Die von Prof. Dr. Maaz als Grundlage seines Vortrages genutzte Präsentation ist auf der Website www.bielefeld.de zu finden.



Nach einer Kaffeepause, die von einem Großteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dafür genutzt wurde, sich in angeregten Gesprächen mit anderen

Bildungsakteuren auszutauschen, wurde die Konferenz im Rahmen von 8 parallel stattfindenden Workshops fortgesetzt.



Die Workshops wurden von Mitgliedern des Leitungsteams sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universität Bielefeld begleitet.

WORKSHOP 1 „VON STOLPERSTEINEN ZU MEILENSTEINEN“

Workshop 1, der von Prof. Dr. Oliver Böhm-Kasper von der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld und der Leiterin der Astrid-Lindgren-Grundschule Heidrun Wehn moderiert wurde, hat sich unter dem Titel „Von Stolpersteinen zu Meilensteinen“ mit der Optimierung des Übergangs zwischen verschiedenen Stufen formeller Bildung befasst.



Durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops wurden alle Bereiche des Bildungswesens (vom Elementarbereich bis zum tertiären Sektor) repräsentiert. Der Fokus des von Frau Wehn und Prof. Dr. Oliver Böhm-Kasper vorgetragenen Inputs lag auf der Frage, wie der Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen optimiert werden kann. Die bisherige Situation des Übergangs lässt sich durch folgende Stichworte charakterisieren:

- weitgehend voneinander abgegrenztes Arbeiten der Grundschulen und der weiterführenden Schulen – wenig Kenntnis vom anderen
- unterschiedliche Erwartungen der Schulformen

- unterschiedliches Übergangsempfehlungsverhalten zwischen Grundschulen erkennbar
- „Überbehütungstendenzen“ von Seiten der Grundschule: Übergangsempfehlung orientiert sich an der Einschätzung der Unterstützungsmöglichkeiten des sozialen Umfeldes (soziale Selektion)
- keine durchgängige Bildungsdokumentation

Die Auswirkungen dieses suboptimalen Zustandes zeigen sich in:

- Fehleinschätzungen in der Übergangsempfehlung
- einer fehlenden durchgängigen Lernbegleitung
- einer fehlenden durchgängigen Förderung der ein-

zelen Schülerinnen und Schüler mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten

- einer unzureichenden Ausschöpfung der Potentiale der Schülerinnen und Schüler. Vor allem der letztgenannte Punkt spiegelt sich deutlich in Befunden der empirischen Bildungsforschung. So zeigt die IGLU-Studie, dass zwei Drittel aller für die Realschule empfohlenen Grundschüler die gleiche Lesekompetenz wie mittelmäßige und gute Schüler mit Gymnasialempfehlung aufweisen.

Mit den Teilnehmern des Workshops wurde dieser Befund diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass die Platzierung von Schülerinnen und Schülern mit gleichen Kompetenzen auf unterschiedlich anspruchsvoll wahrgenommene Schulformen nicht mit den Vorstellungen leistungsbezogener Verteilungsgerechtigkeit vereinbar ist. Gleichzeitig kann aber ebenfalls an Befunden der empirischen Bildungsforschung gezeigt werden, dass die Grundschulempfehlung trotz der Orientierung an den häuslichen Unterstützungsmöglichkeiten auch eine sozial korrigierende Wirkung aufweist: Für die Lehrerinnen und Lehrer müssen höhere Leistungsanforderungen erfüllt sein als für die Eltern, um eine Gymnasialempfehlung auszusprechen. Dennoch bleibt eine sozial selektive Verzerrung in der Grundschulempfehlung bestehen: Bei gleicher Leistung haben es Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem sozioökonomischen Status schwerer, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, als Kinder aus den oberen Sozialschichten. Die für die Formulierung der Grundschulempfehlung relevanten Einflussgrößen können nach Boudons (1974) Theorie der Wahl von Bildungswegen als primäre und sekundäre Effekte der Herkunft bezeichnet werden. Der auf der Bildungskonferenz eingeladene Gastredner Prof. Dr. Kai Maaz hat diese Theorie und entsprechende empirische Befunde ausgiebig erläutert, so dass hier auf eine zusätzliche Darstellung verzichtet wird.

Im Workshop diskutierten die Teilnehmer zunächst theoretisch mögliche Konsequenzen zur Verminderung der herkunftsbezogenen Effekte beim Übergang in die Sekundarstufe I:

- Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre
- Einführung bzw. Höhergewichtung standardisierter Leistungstests bei Übergängen
- verpflichtende Elternberatungsgespräche
- schulische Fördermaßnahmen zur Verringerung herkunftsbezogener Leistungsunterschiede

Prof. Dr. Böhm-Kasper thematisierte in diesem Zusammenhang eine notwendige Erweiterung des wissenschaftlichen Fokus auf:

- die Kooperation vor- und außerschulischer Bildungsorte mit dem Elternhaus
- die formelle und informelle Kooperation zwischen Bildungsinstitutionen (z. B. abgebenden und aufnehmenden Schulen) mit dem Ziel der Reduktion herkunftsbezogener Bildungsungleichheiten an den Übergangsstellen des Bildungssystems.

Frau Wehn griff den letztgenannten Punkt auf und stellte ein Best-Practice-Beispiel der Vernetzung von Grundschulen und weiterführenden Schulen in Troisdorf im Rahmen des Projektes „Eigenverantwortliche Schule in der Bildungsregion Rhein-Sieg“ vor. Im Rahmen des Modellprojektes wurden die pädagogischen Herausforderungen des Übergangs wie folgt beschrieben:

- auf Seiten der Grundschule: Kompetenzen für die Sekundarstufe I aufbauen
- auf Seiten der weiterführenden Schule: diese Kompetenzen aufgreifen und weiterentwickeln
- auf Seiten der Eltern: die Entscheidung für die „richtige“ Schule

Vor allem auf die beiden erstgenannten Punkte wurde in Troisdorf mittels Formen kooperativer Zusammenarbeit und Kommunikation sowie der Entwicklung einer einheitlichen Bildungsdokumentation reagiert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops diskutierten dieses Best-Practice-Beispiel und kamen zu dem Ergebnis, dass die Kooperation und Kommunikation zwischen den Institutionen an den Nahtstellen des Bildungssystems (Kita-Grundschule-Sekundarstufe I/II- Hochschule) verstärkt in den Blick genommen und optimiert werden muss. Gleichzeitig wurden Probleme benannt, die mit einer solchen strukturierten Kooperation und Kommunikation einhergehen:

- Wie kann ein strukturierter Übergang zeitlich und organisatorisch realisiert werden?
- Welches „Handwerkszeug“ (z. B. etablierte Bildungsdokumentationen; Formen zeitlich effektiver Kommunikation etc.) kann genutzt werden, um die Kommunikation und Kooperation ohne zusätzliche Belastungen für die Beteiligten zu gestalten?
- Wie können die Eltern in die Kommunikation zwischen abgebender und aufnehmender Institution eingebunden werden?

Marius Harring von der Fakultät für Erziehungswissenschaft und die Leiterin des Ceciliengymnasiums Dorothea Bratvogel haben gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Workshop 2 unter dem Titel „Eltern und Bildungseinrichtungen in einem Boot“ in drei inhaltlich aufeinander aufbauenden Phasen Möglichkeiten zur Steigerung von Elternbeteiligung in Bildungseinrichtungen analysiert.



Als Einführung in die Thematik berichtete Frau Bratvogel aus der eigenen schulischen Praxis und stellte ein Projekt zur Elternarbeit vor dem Hintergrund veränderter soziodemografischer Strukturen am Ceciliengymnasium (Bielefeld) vor. Das Projekt zielt auf eine Steigerung der Partizipation von Eltern – insbesondere mit einem Migrationshintergrund – ab.

Hintergrund dieses Best-Practice-Schulprojektes ist ein in den vergangenen Jahren zu beobachtender Anstieg der Zahl von Eltern mit einer nicht-deutschen Herkunft und der damit einhergehenden Herausforderung bei der Arbeit und Kommunikation mit diesem Personenkreis. Kulturelle Offenheit gegenüber Eltern mit Migrationshintergrund erweist sich hierbei als ein wichtiger Aspekt.

Der Bericht stellte den Ausgangspunkt für die weitere Diskussion im Workshop dar. Dabei standen fünf Fragen im Mittelpunkt:

- Weshalb ist Elternbeteiligung im schulischen Kontext notwendig?
- Wo fängt Elternbeteiligung an, wo sind ihre Grenzen?
- Weshalb sind bestimmte Eltern so schwer erreichbar?
- Welche Maßnahmen/Strategien können/müssen zur Steigerung einer nachhaltigen Elternbeteiligung ergriffen werden?
- Welche Unterstützung benötigen die beteiligten Institutionen?

In diesem Zusammenhang wurde zunächst einmal auf die besondere Rolle der Eltern hingewiesen, die in bildungskontextueller Hinsicht als Nahtstelle zwischen formalen und informellen Bildungsprozessen fungieren. Um Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, ist eine Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule unabdingbar.

Bereits bestehende Projekte zur Steigerung von Elternbeteiligung finden auf unterschiedlichen Ebenen

statt, ohne jedoch aufeinander bezogen zu sein. Ein zentrales strukturelles Defizit besteht in der Beschränkung von Maßnahmen auf den jeweils eigenen schulischen Raum. Eine Systematisierung von Projekten findet in aller Regel nicht statt. Die Maßnahmen, über die sich Schulen zum Teil definieren, werden anderen Schulen nur selten zugänglich gemacht. Dies führt dazu, dass jede Schule/jede Bildungsinstitution Konzepte neu entwerfen muss. Auf der personellen Ebene – abhängig von der Perspektive der einzelnen Akteure, Schule (Lehrkräfte) auf der einen und Eltern auf der anderen Seite – kollidieren zum Teil unterschiedliche Erwartungshaltungen und Zeitvorstellungen miteinander. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass gute Elternarbeit in aller Regel bei Lehrkräften mit einem erhöhten Zeitaufwand einhergeht, der die zur Verfügung stehenden Kapazitäten weit übersteigt. Damit ist Elternarbeit und die Steigerung von nachhaltiger Elternbeteiligung immer auch an die Ressourcenfrage gekoppelt.

Fragt man nach konkreten Maßnahmen zur Steigerung von Elternbeteiligung, so bedarf es zunächst der Klärung von Gründen für eine geringe Partizipation: Die Ursachen sind in den meisten Fällen nicht auf Desinteresse zurückzuführen. Vielmehr wirken Hemmschwellen, die auf unterschiedlichen Ebenen sowohl auf Eltern- als auch auf Lehrerseite aufgebaut werden. Unabhängig hiervon wurde bemängelt, dass zahlreiche Beteiligungsformen elterliche Partizipationsmöglichkeiten lediglich suggerieren, in der Praxis jedoch ohne erkennbare Relevanz bleiben. Wichtige schulelevante Entscheidungen werden in diesen Fällen in Kontexten ohne Elterneinbindung getroffen.

Vor dem Hintergrund der geführten Diskussion wurden im letzten Teil des Workshops konkrete Maßnahmen erarbeitet, die als Ausgangsbasis und Anregung für die weitere Arbeit des Bildungsbüros zur Steigerung von Elternbeteiligung in Bildungseinrichtungen zu sehen sind. Hierbei handelt es sich um einen **Zehnpunkte-Plan**, der auf unterschiedlicher Ebene seine Wirkung entfalten soll:

1. **Freiräume für Lehrkräfte schaffen:** Die Steigerung von Elternbeteiligung geht stets mit einer guten Elternarbeit einher. Um gut funktionierende Elternarbeit zu gewährleisten, um Eltern stärker in den schulischen Kontext zu integrieren, bedarf es an gemessener zeitlicher Dispositionsmöglichkeiten und Ressourcen für Schulen/Lehrkräfte. Elternarbeit muss ein fester Bestandteil der Arbeitszeit und nicht vom unbezahlten „ehrenamtlichen Engagement“ einzelner Lehrkräfte abhängig sein.
2. **Systematisierung von Einzelprojekten:** Die Autonomie der Schulen wird begrüßt, allerdings darf dies nicht zur „Abschottung“ führen. Gut funktionierende und erfolgreiche Projekte und Ideen einzelner Schulen müssen anderen Schulen zugänglich gemacht, wenn notwendig aufeinander abgestimmt und gegebenenfalls – auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen – optimiert werden.
3. **Materialien:** Informationen, Materialien und Hilfestellungen zum Thema „Elternbeteiligung“ müssen Eltern und Schulen flächendeckend zur Verfügung gestellt werden. Dem Bildungsbüro könnte hier als Schnittstelle eine zentrale Funktion zukommen.
4. **Vernetzung:** Die im Bereich der Elternarbeit engagierte Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) und das Bildungsbüro müssen in einen Dialog treten und ihre Maßnahmen aufeinander abstimmen.
5. **Finanzierung:** Die Beteiligung von Eltern an Bildungseinrichtungen stellt eine gemeinsame Aufgabe einer Bildungsregion dar. Die Finanzierung von Elternmaßnahmen kann nicht von einzelnen Schulen getragen werden, da die Bedarfe – abhängig von der Situation, dem Kontext, dem Klientel – sehr heterogen ausfallen. An dieser Stelle müsste ein Finanzierungskonzept erarbeitet werden. Das Bildungsbüro könnte diesbezüglich eine zentrale Rolle einnehmen.
6. **Beteiligungsformen:** Die Gestaltungsräume für Eltern im schulischen Kontext müssen gesteigert werden. Eltern müssen mehr relevante Mitsprachemöglichkeiten erhalten. Es geht um die Schaffung einer Kultur, in der von Beginn an, mit dem Zeitpunkt der Einschulung, nicht nur Unterschiede in den Zuständigkeiten, sondern vielmehr gemeinsame Handlungsnotwendigkeiten, Aufgaben, Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten betont

und gemeinschaftlich im Rahmen einer Kooperation zwischen Schule und Eltern auf „Augenhöhe“ ausgelotet werden.

7. **Ansprechpartner:** An Schulen sollte ein „Vertrauenslehrer für Eltern“ installiert werden, der entsprechend qualifiziert ist und als ständiger Ansprechpartner für Eltern fungiert.
8. **Fortbildungen:** Lehrkräfte müssen in Bezug auf die Arbeit mit einer heterogenen Elternschaft in Form von Fortbildungen geschult werden.
9. **Ausbildung:** Zukünftige Lehrkräfte müssen bereits im Rahmen der Lehramtsausbildung fokussiert auf

die Aufgabe und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Eltern vorbereitet und gezielt qualifiziert werden.

10. **Vertrauensbildung:** Ein im schulischen Kontext fest verankertes Klima des Vertrauens und die damit einhergehende Zusammenarbeit auf „Augenhöhe“ zwischen Schule/Lehrkräften und Eltern stellt das Fundament für eine nachhaltige Elternbeteiligung dar. Dazu bedarf es der Schaffung einer gut funktionierenden Infrastruktur, früh wirkender Maßnahmen (z. B. entsprechender Lehreraus- und fortbildungen) sowie einer kulturellen Offenheit und Sensibilität im Lebens- und Bildungsraum Schule.

WORKSHOP 3 „JEDES INDIVIDUUM IST EINMALIG“

Workshop 3 widmete sich unter dem Titel „Jedes Individuum ist einmalig“ Konzepten individuellen Förderns und Forderns.

Die Moderation übernahmen hier Dr. Brigitte Kottmann von der Fakultät für Erziehungswissenschaft und die Leiterin der Gertrud-Bäumer-Realschule Evelyn Molle.



Im Wege einer Kartenabfrage wurden die Meinungen der Workshopteilnehmerinnen und Workshopteilnehmern zu vier Teilaspekten erhoben:

| Wann und wo beginnt individuelle Förderung? | Wo sind Hindernisse? | Wo liegen Schwerpunkte der individuellen Förderung? | Zu welchem Zeitpunkt ist individuelle Förderung besonders wichtig? |
|---|--|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Individuelle Förderung in jedem Lebensalter, in Situationen v. LERNEN • Mit dem „Erkanntwerden“ durch die Bezugspersonen von Beginn des Lebens an • Bei den Pädagogen im Kopf und so früh wie möglich • Wann: Mit dem Ankommen in der Einrichtung, wo: ebenda • Mit der Geburt • Unmittelbar nach der Geburt -> positive Annahme, dann situativ fortlaufend • Förderbedarf bei Unter- und Überforderung, so schnell wie möglich • Von Geburt an • Es gibt nur individuelles Lernen (Neurobiologie) also vom Anfang bis zum Ende des Lebens • Im Kindergarten • Beginn: Aufgabe der Eltern, aber: Vorsicht vor überzogenem Ehrgeiz der Eltern (Rousseau: Negative Erziehung!) | <ul style="list-style-type: none"> • Förderung, wann: Lesen: 1. Klasse, Rechtschreiben: Grundschule, Rechnen: dito • Vergleichbarkeit – Wunsch vieler Eltern • Benotung • Übergangsempfehlung • Zu wenig Zeit • Zu große Gruppen • Zu wenig Mitarbeiter, Lehrer... • Widerstand/Resistenz aufgrund schlechter Erfahrungen beim Einzelnen • Personelle Ausstattung, „individuelle“ Zeit begrenzt • Mangelnde eigene Lernerfahrung in der eigenen Ausbildung („Druck-Betankung“) • Defizit- statt Potential-Orientierung • Im Stress Rückgriff auf autoritäre Lernformen, da vertrauter => bessere Ressourcen • Zeit • Fachkenntnisse fehlen • Eltern akzeptieren Schwächen der Kinder nicht | <ul style="list-style-type: none"> • Lernziele gemeinsam definieren und in den Kontext der spezifischen... • Kinder positiv stärken • Eltern-Lehrergespräch • Diagnose (2 x) • Finden/Angebot passgenauer Hilfen • Sprache • Soziale Kompetenzen • Abhängig von der individuellen Situation: z. B. bei eindeutig feststellbaren Defiziten (Deutsch), z. B. bei mangelnder familiärer Unterstützung, ... • Beobachtung • Dokumentation • Einzelförderung • Kleingruppenarbeit • Kompetenzentwicklung bei Lehrerinnen/Lehrern und Erzieherinnen • Offene Unterrichtsformen | <ul style="list-style-type: none"> • Immer (2 x) • Immer, in jedem Lebensalter in Unterstützungskontexten • In der Grundschule • Wenn wahrnehmbar ist, dass Zuwendung bei bestimmten Problemen (Leistung, Psyche...) nötig ist • Immer, im Zweifel: bei Übergangentscheidungen • Immer! (Zu Hause, in der Kita, in der Schule) • Immer, wenn ein Kind eine Fragehaltung hat • U. a. zum Beginn von neuen schulischen und beruflichen Einstiegen • Immer, spätestens in der Grundschule |

| Wann und wo beginnt individuelle Förderung? | Wo sind Hindernisse? | Wo liegen Schwerpunkte der individuellen Förderung? | Zu welchem Zeitpunkt ist individuelle Förderung besonders wichtig? |
|--|--|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Familie -> Kita -> Grundschule • Erster Schultag • Elementarbereich • Sehr früh, z. B. Kindergarten, Sprachförderung für 4-jährige • Schule -> mit der Einschulung + (Übergang Kita – Grundschule) • Bereich Gymnasiale Oberstufe: • Bei mentaler Abwesenheit von Schülern • Bei eindeutigen Leistungsdefiziten • Bei Über-/Unterforderung • In der Schule mit Einzelgesprächen • Mit Diskussion von Arbeiten, Defizite feststellen | <ul style="list-style-type: none"> • Gruppen-/Klassengröße • Sprache/Migrationshintergrund • Qualifikation/Ausbildung der Lehrenden • Bereitschaft/Motivation der zu Fördernden • Diagnostik • Lernarrangements (Förderung im Unterricht) • Haltung von Lehrerinnen/Lehrern • Personalressourcen häufig zu knapp/ungünstige Klassenbildung • Strukturen, Akteure • Bildungsunfähigkeit, Bildungseinschränkung • Zeit -> Rahmenbedingungen • Konzepte • Strukturelle Disparitäten (Zeit, Raum, „Betreuer“...) Hindernisse: • Blockaden bei Schülerinnen/Eltern (falsche Selbsteinschätzung z. B.) • Zu wenig Zeit • Mangelnde kommunikative Kompetenz • Mangelnde diagnostische Kompetenz | <ul style="list-style-type: none"> • Themen nicht nur als „Belohnung“ • Eine Arbeitshaltung entwickeln • Grundlegende Fähigkeiten/Fertigkeiten/Kenntnisse • Positive Verstärkungen möglich machen • Die Hirnforschung hat „Zeitfenster“ genannt (Priorität Frühförderung) • Förder- und Hemmfaktoren d. Einzelnen erfassen und auf dieser Basis Lernvereinbarungen treffen • Sprache, Natur erleben und erfahren, Motorik | <ul style="list-style-type: none"> • z. B. Schuleingangsphase • Erprobungsstufe und folgende, schnell und intensiv • Wenn lebensweisende Entscheidungen anstehen • Zu allen Zeiten, in denen sich bestimmte Fähigkeiten entwickeln/festigen (z. B. Spracherwerb, ...) • Bei der Vorbereitung auf Übergänge • Klassenfrequenzen 5/6 • 30 Schülerinnen und Schüler |

Im Anschluss an die Kartenabfrage wurde – auch ausgehend von den in der Vorstellungsrunde geäußerten Aspekten, durch welche „Brille“ man die Thematik betrachte bzw. mit welchen Fragen man an das Thema herantrete – vereinbart, die Diskussion auf einen Teilaspekt zu fokussieren, da die Thematik „Individuelle Förderung“ zum einen sehr breit ist und zum anderen der Workshop sehr heterogen zusammengesetzt war. Da von verschiedenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Notwendigkeit von diagnostischen Prozessen angesprochen wurde, stellte sich die Diagnostik einschließlich ihrer Rolle, Aufgabe und Form relativ schnell als primäres Diskussionsthema heraus.

Fazit:

- Individuelle Förderung beginnt mit der Geburt und im Kopf (der Pädagogen bzw. der Bezugspersonen) und ist immer wichtig, besonders aber in Phasen des Übergangs.

- Diagnostik hat eine große Bedeutung im Kontext individueller Förderung. Gleichwohl ist der Begriff häufig bereits medizinisch oder eher defizitär konnotiert, so dass es für sinnvoll erachtet wird, anstelle von Diagnostik lieber von individueller Lernstandsfeststellung zu sprechen, die sich positiv an den Kompetenzen der Kinder oder curricularen Kompetenzstufen orientiert.
- Grundlegend dabei sind ein mehrperspektivischer und ganzheitlicher Blick auf das einzelne Kind und ein Austausch der unterschiedlichen Perspektiven (auch mit dem Kind).
- Dieser Austausch und die Selbsteinschätzung des Kindes sollten dokumentiert und möglichst fortführend vernetzt werden.

ABER:

- Unverzichtbar für gelingende individuelle, kompetenzorientierte Lernstandsfeststellung und Förderung sind RAHMENBEDINGUNGEN und RESSOURCEN!

WORKSHOP 4 „KINDER UND JUGENDLICHE ABHOLEN, WO SIE STEHEN“

Moderiert von Dr. Julia Settineri von der Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft und Harald Drescher wurde in Workshop 4 unter dem Titel „Kinder und Jugendliche abholen, wo sie stehen“ der Frage nachgegangen, welche Rolle Bildungsdokumentationen auf dem Weg zu einer gelungenen Bildungsbiografie spielen.



Bildungsdokumentation – so das zentrale Ergebnis dieses Workshops – ist eine wesentliche Aufgabe von Bildungsakteuren und sollte durchgängig von der Kindertagesstätte bis zum höchsten Schulabschluss (und eventuell sogar darüber hinaus) erfolgen. Dabei sollte die Selbsteinschätzung ergänzend zur Einschätzung schulischer und außerschulischer Bildungsträger, aber auch durch Peers, mit zunehmendem Alter eine immer größere Rolle spielen und die zur Bildungsdokumentation eingesetzten Instrumente sollten sukzessive in die Eigenverantwortung der Lerner übergehen. Ziel der Bildungsdokumentation sollte insgesamt sein, Kindern bzw. Jugendlichen zu ermöglichen, sich ihrer eigenen Stärken und Potentiale bewusst zu werden und selbstbewusst und zufrieden ihren Weg zu gehen.

Während in der Teilnehmergruppe einerseits Konsens herrschte, dass eine Bildungsdokumentation generell sinnvoll und hilfreich sei, wurden unterschiedliche Spannungsfelder aufgezeigt und diskutiert.

So bewegt sich Bildungsdokumentation stets zwischen einer Orientierung an Standards und Normen, die aus Sicht der Gesellschaft erfüllt werden sollten, und einer Orientierung am Entwicklungsfortschritt des Individuums. Auf der einen Seite stehen die Schulnoten, aber auch andere Kompetenzskalen, z. B. bezogen auf Schlüsselkompetenzen; andererseits sollte Bildungsdokumentation aber auch ganz persönliche Stärken und Motivationszusammenhänge beleuchten, um Kinder bzw. Jugendliche gezielt fördern zu können. Hier spielen beispielsweise auch Hobbies eine Rolle, die weniger von gesellschaftlicher Relevanz sind, dafür aber eine sehr große Bedeutung für das Kind haben können. Es geht also einerseits um Wissen und Können, andererseits um individuelle Interessens- und Motivationszusammenhänge.

Damit in Zusammenhang steht auch die Feststellung, dass Bildungsdokumentation zur gezielten Förderung von Lernern beitragen kann, gleichzeitig aber auch eine stigmatisierende Wirkung nicht ausgeschlossen werden kann. So erscheint es durchaus sinnvoll, dass z. B. im Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I zentrale Informationen

über den Kompetenzstand des Kindes weitergegeben werden, damit zu Beginn der weiterführenden Schule keine „Warteschleife“ entsteht, während die neuen Lehrkräfte alle Kinder erst einmal kennen lernen müssen, bevor sie diese dann – eventuell erst Monate später – wieder gezielt individuell fördern können. Auf der anderen Seite bedeutet eine Informationsweitergabe natürlich auch, dass neue Lehrkräfte sich in gewisser Weise ein Bild von einem Kind machen, bevor sie es selbst kennen lernen.

Gerade Eltern machen sich daher häufig Sorgen, ob neue Lehrkräfte ihrem Kind gegenüber dann noch unvoreingenommen sein können. Oder sieht er weiterhin die in der Grundschule dokumentierten Schwierigkeiten in Mathematik, die sich in der weiterführenden Schule aber möglicherweise gar nicht mehr zeigen, weil zunächst Stoff der Grundschule wiederholt wird, weil das Kind die neue Mathematiklehrkraft besonders gerne hat oder weil es viel zu Hause übt? Es bestünde somit die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Besonders wichtig erscheint daher eine wertschätzende, potenzialorientierte Grundhaltung bei der Bildungsdokumentation, gerade auch bezogen auf nonkonforme Bildungswege.

Um eine Bildungsdokumentation, insbesondere im Übergang, gewinnbringend nutzbar zu machen, sprach sich die Workshop-Gruppe ferner für eine gewisse Standardisierung von Instrumenten zur Dokumentation aus. Einer teilweise wahrgenommenen Beliebtheit der Dokumente sollte entgegengewirkt werden. Durch die (zumindest regionale) Einigung auf sinnvoll aufeinander abgestimmte und aufbauende Instrumente könnten Reibungsverluste minimiert werden. Dabei sollte sich eine transparent geregelte Kommunikation zwischen den Akteuren nicht nur auf Problemfälle beziehen, sondern Grundlage der Arbeit mit allen Lernern sein. Zentrale Voraussetzung hierfür wäre eine enge Absprache aller Bildungsträger.

Dabei zu bedenken wären wiederum einerseits Datenschutzfragen, andererseits notwendige Ressourcen, die Kooperation und Absprachen erfordern. Denn nur durch eine enge Zusammenarbeit aller im Bildungsprozess engagierten Akteure kann „das Ganze mehr als die Summe seiner Teile“ werden.

WORKSHOP 5 „JUGENDHILFE – VEREIN – SCHULE“

Workshop 5 ging unter dem Titel „Jugendhilfe – Verein – Schule“ der Frage nach Kooperationen in einem sich verändernden Schulumfeld nach.

Moderiert wurde dieser Workshop von Dr. Petra Bollweg, AG 8 der Fakultät für Erziehungswissenschaft an der Universität Bielefeld und dem Leiter des Amtes für Jugend und Familie Georg Epp.



Als Ergebnis des Workshops, an dem Vertreterinnen und Vertreter u. a. aus der Kinder- und Jugendhilfe, der Jugendverbandsarbeit, der Kulturarbeit, des Stadtsportbundes und aus Förderschulen teilgenommen haben, lassen sich drei zentrale Aspekte benennen:

1. Die Kinder- und Jugendhilfe will selbstbewusst das sich verändernde Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen mit gestalten.
2. Zentral für die Mitgestaltung des Lebensumfeldes von Kindern und Jugendlichen ist, dass verbindliche Spielräume für die Kinder- und Jugendhilfe geschaffen werden, die eine Arbeit mit und ohne Schule(n) ermöglichen und sicherstellen.
3. Insgesamt geht es bei der Ausgestaltung eines Bildungsnetzwerkes – bei aller „Schulfokussierung“ – darum, dass strukturelle Veränderungen am „Ort Schule“ stattfinden oder anders formuliert: Schule muss sich bewegen!

Zu Beginn des Workshops wurden zentrale Fragen rund um das Thema „Kooperation“ gesammelt und andiskutiert. Geäußert wurde ein Informationsbedarf im Hinblick auf

- Gelingensbedingungen von Kooperation,
- Möglichkeiten einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule,
- Finanzierungsmöglichkeiten,
- Erreichbarkeit von (potentiellen) Partnern,
- (lokale) Kooperationsstrukturen für eine Kooperation zwischen Institutionen,
- Vernetzung (potentieller) Partner.

Getragen von gegenseitiger Wertschätzung, sollte es bei Kooperationen zwischen Schule und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe darum gehen, auf „gleicher Augenhöhe“ zusammenzuarbeiten. Neben dem Wunsch ein Netzwerk von Kinder- und Jugendhilfeträgern zu implementieren, in dem Kooperation statt Konkurrenz das tragende Element darstelle, ginge es hier darum, gegenseitig helfend und unterstützend zu agieren.

Davon ausgehend, dass das (Gesamt- bzw. Ganztags-) Konzept von Schule durch seine soziale, inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung ohne die Einbeziehung der Kinder- und Jugendhilfe ins Wanken gerät, gehe es darum ein strukturiertes Modell zu entwickeln, das gleichermaßen alle Aspekte von Bildung berücksichtigt. Nur so könne sichergestellt werden, dass die Aneignung sozialer, emotionaler und kultureller Kompetenzen innerhalb und außerhalb des Schulalltags möglich bleibt. Hier gelte es die Vielfalt von Bildungsmöglichkeiten in der Kommune durch die Anerkennung aller Bereiche – von Sportvereinen bis hin zu kulturellen, medienpädagogischen Initiativen – als Bildungspartner abzubilden und geschaffene Rahmenbedingungen mit Leben zu füllen: Es gelte, gemeinsam einen umfassenden Bildungsbegriff zu leben. Dabei scheint es wichtig, Projekte oder Ideen nicht nur der Initiative von (Einzel-) Personen zu überlassen, sondern gezielte Unterstützung für alle (Bildungs-)möglichkeiten zu garantieren. Auf der Grundlage dieses Ansatzes könne das Entstehen neuer Kooperationsmodelle gefördert werden, bei denen die Träger der Kinder- und Jugendhilfe zentral integriert und bei allen Entscheidungen

involviert sind. Hier wäre bspw. über die Implementierung eines oder mehrerer gemeinsamer Ausschüsse sicherzustellen, dass Schulen nicht allein entscheiden, welche Angebote mit in den Schulalltag aufgenommen werden oder wohin bzw. an wen finanzielle Ressourcen fließen.

Auch wenn auf der praktischen Ebene bereits Kooperationskonzepte erfolgreich umgesetzt werden, zeichne sich, so die Teilnehmerinnen und Teilnehmer abschließend, die Schule über ihr nicht ausreichendes Problembewusstsein in Bezug auf das sich verändernden Lebensumfeld von Schülerinnen und Schüler bzw. Kindern und Jugendlichen und mangelnde Kenntnisse über Teilstrukturen bspw. das Kriterium der „ehrenamtlichen Tätigkeit in der Jugendverbandsarbeit“ aus. Für die Kinder- und Jugendhilfe ließe sich selbstkritisch als „Hausaufgabe“ formulieren, dass sie ihre Stärken mit und in der (Bildungs-) Arbeit mit Heranwachsenden deutlicher herauszuarbeiten habe. Zentral scheint es, als müsse erst ein „Blind-Date“ zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe arrangiert werden, mit dem Ziel des gegenseitigen Kennenlernens.

Als gemeinsame Herausforderung für Schule und Kinder- und Jugendliche ließe sich aktuell im Sinne einer „Wunschliste“ formulieren, dass

- Schule anerkennt, dass sie die zukünftigen Aufgaben und Erwartungen die an sie gestellt werden, nicht alleine bewältigt,
- die Standards für Kooperationen für alle gleich sind,
- die Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen am „Ort Schule“ offen und selbstverständlich ausgestaltet wird,
- eigene, verbindliche Zeitfenster für Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe am „Ort Schule“ eingerichtet werden,
- es mehr inhaltliche Diskussionen in Bezug auf Bildung als eigenes Erfahrungsfeld gibt,
- Angebote für Kinder- und Jugendliche am ganzen Tag verbindlich möglich sind und nicht nur am „Ort Schule“ stattfinden und somit
- Spielräume für die Kinder- und Jugendhilfe mit und ohne Schule garantiert werden.

WORKSHOP 6 „KULTURELLE VIELFALT“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Workshop 6 haben sich mit der Fragestellung auseinandergesetzt, ob die als Titel für diesen Workshop gewählte „Kulturelle Vielfalt“ als Hürde oder als Chance auf dem Weg zu einer gelungenen Bildungsbiografie anzusehen ist. Für die Moderation standen Dr. Christine Hunner-Kreisel von der Fakultät für Erziehungswissenschaft und der Leiter des Amtes für Integration Karl-Heinz Voßhans zur Verfügung.

Frau Dr. Hunner-Kreisel formulierte einleitend die nachfolgend zusammengefassten kritischen Statements:

1. Kulturelle Vielfalt als Hürde oder Chance?

Diese Frage führt automatisch zu einer Besonderung derjenigen, die mit dem „Label“ der kulturellen Vielfalt in Zusammenhang gebracht werden – mit Bezug auf die Schule: Schülerinnen und Schüler mit sog. Migrationshintergrund. Dies führt (ebenso bzw. im Weiteren) zu einer Besonderung und damit teilweise auch zu einer Stigmatisierung von Schülerinnen und Schülern, die bereits als 2., 3. oder sogar 4. Generation an einer familiären Migrationsgeschichte teilhaben und deren Identitäten damit über Zuschreibungen (mit-)konstruiert werden. Hier stellt sich sowohl für die Forschung wie auch für die Praxis die Frage, wie sog. Reifizierungen (redakt. Hinweis: Fehlannahmen) oder auch alinierende (redakt. Hinweis: ausrichtende) Zuschreibungen vermieden werden können, ohne das Thema der „Kultur“ oder der „kulturellen Vielfalt“ zu einem Tabuthema erklären zu müssen.

2. Kulturelle Vielfalt als Hürde oder auch als Chance wird in einen unmittelbaren Zusammenhang zu Bildung gesetzt und damit eine Verbindung zwischen der „kulturellen Herkunft“ von Schülerinnen und Schülern und ihrem Bildungserfolg gezogen.

Nicht erst seit PISA ist bekannt, dass der Bildungserfolg vor allem mit der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler zusammenhängt.

Insbesondere die deutsche Schule musste sich von der UN-Sonderberichterstattung für das Recht auf Bildung 2007 sagen lassen, dass Schulen in Deutschland diskriminierend sind. Aus zahlreichen empirischen Befunden ist bekannt, dass Schule in Deutschland mittelschichtorientiert ist und damit Schülerinnen und Schüler mit einer sozial schwachen Herkunft, zu der auch überproportional viele derjenigen Heranwachsenden mit einem sog. Migrationshintergrund gehören, benachteiligt.

3. „Was ist eigentlich eine gelungene Bildungsbiographie“?

Im Kontext der Frage von „Migration und Bildung“ wird vor dem Hintergrund empirischer Befunde zu diesem Thema deutlich, dass ein Bildungsbegriff, der in erster Linie auf einen Kompetenzerwerb und auf schulische Leistung abzielt, die biographischen Chancen von Migration im Hinblick auf die Bildung einer Persönlichkeit, auf Prozesse der Selbstbildung vernachlässigt. Das Humboldt'sche Bildungsverständnis zielt auf eine Bildung der Person in Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt ab. Diese Bildungsprozesse (der Selbstbildung), für die eine familiäre Migrationsgeschichte besondere biographische Chancen bereithält, werden im aktuellen Diskurs um Bildung (noch) stark vernachlässigt.

Fragestellungen:

1. Wie wird die Besonderung als Migrantin bzw. Migrant im Kontext Schule erfahren? Als eine biographische Hürde oder als eine Chance? Welche Erfahrungen aus Sicht der Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer des Workshops liegen vor?

- Statistische Angaben und Globalübersichten z. B. zur Frage der Zahl von Schülerinnen bzw. Schülern mit Migrationshintergrund, in Relation zu Schülerinnen bzw. Schülern ohne Migrationshintergrund etc., sind (zumindest allein) wenig aussagekräftig.
- Notwendig: Differenzierte Betrachtung des Themas „Schule und Migration“, Schülerinnen bzw. Schüler ohne Migrationshintergrund.
- Relevant/maßgeblich: Soziales Milieu › stärkere Achtung des Bildungsmilieus.

- Frage: Ist Diskussion über „kulturelle Vielfalt“ bzw. „Vielfalt“ an sich nicht selbst eine Stigmatisierung und auf Stigmatisierung/Ausgrenzung angelegt? Muss im Kontext von Migration schwerpunktmäßig vielmehr über andere Fragestellungen gesprochen werden, z. B. über das Erfordernis von Sprachkenntnis, muss nicht vielmehr über Menschen aus Familien mit „geringem Bildungsstand“, über Menschen, die aus Milieus kommen, in denen es auf andere Aspekte als „Schule“, „Bildung“ ankommt (= Existenz/Lebenssicherung, Arbeit) gesprochen werden? Muss die Debatte nicht stärker individuelle Ansätze und Bildungsbiographien des Einzelnen in den Blick nehmen?
 - Kultur darf nicht als Problem begriffen werden.
 - Stärkere Gewichtung von Bildungsprozessen der Selbstbildung. Menschen mit Migrationshintergrund haben andere Kompetenzen als z. B. Einheimische/Schülerinnen bzw. Schüler ohne Migrationshintergrund (z. B. musische Kompetenzen, z. B. Verhalten und Umgang mit komplexen Problemlagen, Katastrophen etc.); Familien aus dem „osteuropäischen“ bzw. asiatischen Raum haben häufig eine andere Bildungseinstellung als – zwischenzeitlich – sog. einheimische Familien (z. B. im künstlerischen Sektor).
 - Im Bereich von Unternehmen/der Wirtschaft wird die Frage nach dem Migrationshintergrund zunehmend weniger gestellt, z. T. sogar bewusst abgelehnt › entscheidend ist der Mensch mit seinen Kompetenzen. Vor diesem Hintergrund zeigt sich im Übrigen zunehmend, dass der Wert staatlicher Zertifikate, Zeugnisse immer weniger an Gewicht hat; stattdessen setzen Unternehmen, Personalleitungen etc. zunehmend auf den „eigenen Eindruck“, auf eigene Auswahlverfahren mit Fokus auf die für den jeweiligen Bereich relevanten Kompetenzen.
 - Zentraler Aspekt auch im Bereich Ausbildungsplatzsuche/Arbeitsplatzsuche nach der Schule: Sprachkompetenz. Institutionen, insbesondere Schule/Behörden, „drücken“ sich zum Teil vor der Lösung von Sprachproblemen z. B. auch auf Pädagoginnen-/Pädagogenebene.
2. Wie wird mit kultureller Vielfalt, in der Gesellschaft, in der Schule, in anderen Bildungsinstitutionen umgegangen? Was drückt sich im Diskurs über Menschen aus, die als „anders“ gesehen werden? Was sind Lösungen, Möglichkeiten? Wie können hierbei Zuschreibungen vermieden werden?
- Vorbemerkung/Feststellung: „Ausländerfeindlichkeit“, Diskriminierung, Streit gibt es längst nicht nur im Verhältnis zwischen „Migrantenbevölkerung“ und einheimischer Bevölkerung, z. T. viel stärker ausgeprägt zwischen Zuwanderergruppen untereinander. Andiskutiert wird die Frage, wo diese Einstellungen, Verhaltensmuster aufgenommen, erlernt worden sind (z. B. Familie?). Aufgegriffen wird in diesem Zusammenhang auch die gegenwärtige, z. T. „feindselige“, vorurteilsbehaftete öffentliche Diskussion in Deutschland, ein z. T. vorurteilsbehaftetes Einwanderungsklima.
 - Erfahrungsbericht aus dem Realschulbereich: Positive Ansätze, positive, erfolgreiche Bildungsverläufe sind vorhanden. Problematisch ist meistens „der türkische Junge/Jugendliche“, dessen Stärken häufig nicht erkannt, gewertschätzt werden, der andere Zugänge zur Gewinnung von Aufmerksamkeit, Beachtung, zur Problemlösung sucht.
 - Als notwendig wird ein Konzept zur Integration, ein Sprachkonzept als zentrales Fundament erachtet: „Spielt Sprache keine Rolle mehr, ist niemand benachteiligt“. „Sprachbildung so früh wie möglich beginnen, um Sprachbarrieren zu überwinden.“
 - Neben der Erörterung der Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprache wird als wichtig erachtet, gemeinsame Wertvorstellungen, ein gemeinsames Wertesystem zu definieren – Grundlage: Wertesystem des Grundgesetzes: Konflikte bestehen häufig aufgrund von Unwissenheit. Bei Wertunterschieden, die es latent immer geben mag, ist entscheidend zu wissen, dass hierauf nicht grundsätzlich und immer Rücksicht genommen werden kann. Notwendig ist ein Bewusstsein zur Frage, welche Werte, welches Wertesystem möglichst im frühen Kindesalter vermittelt werden/wird. Erforderlich im Zusammenhang mit einer Wertedebatte und Positi-

onierung hierzu: Selbstbewussteres Auftreten, Vertreten der einheimischen Werte auf der Basis des Grundgesetzes durch die einheimische Bevölkerung: „Deutsche sollten (selbst)bewusster mit ihrer Verfassung umgehen“, diese offensiver vertreten und als Wertesystem vermitteln, dass alle, die in Deutschland leben, zu vertreten haben, sie sollten stärker als bisher auf Verfassungswerte pochen. Wichtig ist: GG als Zusammenlebensgrundlage anstatt Religion. Hier muss sich zuallererst die einheimische Bevölkerung in die Pflicht nehmen und nicht nur einfordern, sondern die zentralen Werte unserer Gesellschaft offensiv leben.

Zentrale Diskussionsergebnisse bzw. Positionierungen

- Differenzierung in der Diskussion zu „Migration“, „Bildung“.
- Positionierung zur Frage des gesellschaftlichen Konsenses im Kontext mit einer Vielzahl von Menschen unterschiedlicher Herkunft (s. Verfassung als Grundlage).
- Klärung der Frage: Welche Stränge, Problemstellungen fließen bei Menschen mit größerer Benachteiligung zusammen?
- Sprache als gemeinsame Grundlage > Bedeutung insbesondere auch für Empathiefähigkeit, z. B. für gemeinsame Werte in einer gemeinsam zu gestaltenden Gesellschaft.
- (Neu)Wertung von Sprache > Anerkennung von Sprachen
- Hinterfragen monolingualer Schulen (Unterricht in Muttersprache erleichtert Integration und Problemlösungen; interkulturelle Schule)
- In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu erörtern, wie man alle in Bezug auf die Gestaltung ihres Lebens teilhaben lassen kann (Partizipation an Gesellschaft):
 1. Frage Kultur
 2. Umgang miteinander?
 3. Wie erreichen wir den Einzelnen, wie erreicht der Einzelne die Gesellschaft?
 4. Wichtig: Interesse aneinander, Verständnis, Empathie
 5. Stärkere Sensibilität pädagogisch tätiger Kräfte, von Lehrerinnen und Lehrern für biographische Hintergründe > Was haben wir eigentlich für ein Konzept im Umgang miteinander? („Celebrate Diversity“ > Einüben einer Anerkennung aller Kulturen in ihrer Vielfalt.
- Ein Problem bzw. zu lösen ist insbesondere auch die Frage der Bildungsrückkehrerinnen/-rückkehrer aufgrund von Benachteiligung/Diskriminierung bei der Arbeitssuche in Deutschland (hier insbes. Benachteiligung von Akademikerinnen bzw. Akademikern). Frage u. a.: Benachteiligen sie sich z. T. selbst aufgrund ihrer eigenen, häufig auf die eigene Ethnie begrenzte Netzworbildung selbst?

WORKSHOP 7 „PERSPEKTIVEN NACH DER SCHULE“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Workshop 7 befassten sich unter dem Titel „Perspektiven nach der Schule“ mit gelingenden Übergängen in Ausbildung und Arbeitsmarkt.

Herr Siegeroth führte imit folgenden Situationsbeschreibungen und Perspektiven in die Inhalte ein:

Situationsbeschreibung:

- Durch den demographischen Wandel ist die aktive Teilnahme von allen Schulabgängern am Arbeitsleben erforderlich.
- Jahrgangsausbildungsquoten von unter 90 % sind im demographischen Wandel volkswirtschaftlich nicht tragfähig.
- Das bisherige Ausbildungssystem gewährt bestimmten Zielgruppen keinen adäquaten Zugang zur notwendigen Ausbildung.
- Die Schulformen Haupt- und Förderschule und Gesamtschulen haben deutlich zu geringe Übergangsquoten (ca. 20 %) in betriebliche Ausbildung.
- Im SGB II schlummern alleine im Bereich U 25 80 % der Jugendlichen ohne Ausbildung. Das entspricht in Bielefeld mehr als einem kompletten Abgangsjahrgang der Haupt-, Förder- und Gesamtschulen.
- Das Übergangssystem verursacht durch rechtskreiseinschränkende Betrachtung Restgruppen von Jugendlichen und Leerstellen im Integrationsprozess.

Perspektiven

- Die mittelfristige Begleitung aller Jugendlichen und die rechtskreisübergreifende kommunale Betrachtung der Effekte und möglicher Fehlsteuerung bildet die Grundlage für eine klare Zielsteuerung der einzelnen Instrumente und Strategien. Sie ist die Basis für die Bewertung der Arbeit nach Wirkung und für die Steuerung im Übergang „Schule und Beruf“.
- Die strukturelle Verknüpfung von SGB VIII und SGB II in Zusammenarbeit mit dem SGB III ab der 8.Klasse verhindert dabei die Stigmatisierungen von Schülern und bietet gleichzeitig die Möglichkeit zur frühzeitigen Intervention und ist damit der Kern für das erfolgreiche „Bielefelder Modell“.
- Die Verzahnung zwischen den potentiellen Ausbildungsbetrieben und den Abgangsschülern muss noch weiter verbessert werden.
- Modularisierungen mit Ausbildungsbausteinen ist für Altbewerber eine absolut notwendige und erfolgreiche Strategie (Entwicklung eines Modells für „ältere Altbewerber“ erforderlich).
- Es fehlt ein berufspraktisches qualifizierendes Einstiegsjahr für nicht ausbildungsgerechte Schulabgänger.
- Es fehlen Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Jugendliche unterhalb der Ausbildungsschwelle.

Zunächst wurden die einleitenden Vorträge intensiv und kontrovers diskutiert. Auf der Basis kommunaler Daten wurde deutlich, dass das sogenannte Übergangssystem in den Beruf weniger ein „System“, sondern eher im „Sektor“ mit einer Vielfalt unterschiedlicher aber eben wenig miteinander verbundener Wege ist. Es finden sich eindeutig zu wenige „Brücken zwischen den Wegen, die vergleichsweise starr erscheinen, wenn sie einmal eingeschlagen sind. Es ist dabei keinesfalls ausgemacht, dass das Übergangssystem in Ausbildung oder Beruf führt, sondern häufig führt eine Maßnahme im Übergangssystem zu einer weiteren Maßnahme – ebenfalls im Übergangssystem. Diese Situation gewinnt an Dramatik, weil für viele Haupt- und FörderschülerInnen aber

auch für GesamtschülerInnen die Einmündung in das Übergangssystem quantitativ nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel darstellt. In einem gewissen Sinne ist das Übergangssystem zum Regelsystem geworden. Diskutiert wurden Hinweise darauf, dass auch der Besuch einer weiterführenden Schule nach der 10. Klasse (im wesentlichen die Oberstufe) keinesfalls immer Ausdruck einer „erfolgreichen“ Bildungskarriere sein muss, sondern auch als Übergangssystem auf „höherem Niveau“ bestehen kann; für SchülerInnen, die ansonsten eben nicht in Ausbildung, sondern in ein Übergangssystem einmünden würden, dessen Qualifikationen keinesfalls immer anerkannt und entsprechend verwertbar sind. Ebenfalls wurde deutlich, dass die Motivationen, Se-

kundärtugenden und Arbeitsmarkteinführungen der SchülerInnen, die in das Übergangssystem einmünden, nicht geringer sind als von anderen SchülerInnen. Das Ausmaß von Lohnarbeitsorientierung aber auch an „Sekundärtugenden“ ist bei jenen SchülerInnen am geringsten, die weiterhin die Schule besuchen werden. Die viel diskutierten „Hartz IV“ Kinder, deren Berufsaspirationen ebenfalls „Hartz-IV“ sind, stellt sich weitgehend als Legende dar. Die Zukunftsaussicht „Hartz IV“ wird von diesen SchülerInnen ebenso negativ eingeschätzt wie von den anderen auch. Die Bedeutung von Arbeit ist gerade bei Haupt- und Realschülerinnen außergewöhnlich hoch. Diskutiert wurde die Notwen-

digkeit, die Frage von Arbeit, Arbeitswissen und Beruf systematischer und nachhaltiger in den Regelschulen zu etablieren. Ferner wurde hervorgehoben, dass die Frage des Übergangs sich keinesfalls auf das Jugend- und junge Erwachsenenalter konzentrierte, sondern faktisch eine lebenslange Herausforderung sei, was jedoch nur wenig Berücksichtigung finde. Einigkeit bestand allemal darin, dass die Frage des Übergangs eine Herausforderung sei, die nicht nur eine sozial- sondern eben auch bildungspolitische und -theoretische Herausforderung darstellt, die jedoch in Bildungsdebatten – die sich zunehmend auf die Kindheit richten – aber eigentlich eher am Rand als im Zentrum stehe.

WORKSHOP 8 „CHANCE FÜR DIE BILDUNGSREGION“

Der zum Thema „Chance für die Bildungsregion“ angekündigte Workshop 8, in dem es um die Rolle ehrenamtlichen Engagements im Kontext des staatlichen Bildungsauftrages gehen sollte, konnte aus organisatorischen Gründen leider nicht durchgeführt werden.

WORKSHOP 9 „EINE SCHULE FÜR ALLE“

Dass das Thema Inklusion einen bedeutenden Stellenwert in der Stadt hat, zeigte die große Resonanz auf Workshop 9, der von Melanie Urban von der Universität Bielefeld und dem Leiter des Amtes für Schule Georg Müller moderiert wurde. 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich unter dem Titel „Eine Schule für alle“ mit Wegen zur Inklusion beschäftigt.



Im Rahmen einer kurzen Vorstellung vervollständigten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einleitend den Satz

„Inklusion bedeutet für mich...“

- ... eine große Herausforderung (zweimal genannt)
- ... eine diffuse Verwendung des Begriffs (zweimal genannt)
- ... behinderte und kranke Menschen mit einbeziehen
- ... eine konsequente Fortsetzung der Gesamtschulen
- ... dass man Menschen gar nicht erst ausgliedert, die man später (oftmals mühselig) wieder eingliedert
- ... eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe (Bewusstseinsbildung)
- ... ein großer Arbeitsposten (im 2. Teil der Lehrerbildung)
- ... ein Grundrecht
- ... mehr Gerechtigkeit für alle Kinder und die Erfüllung meines professionellen Kampfes in meinem Leben
- ... die Begleitung der Förderschulen im Hinblick auf die Öffnung neuer Formen im gemeinsamen Unterricht
- ... gesellschaftliche Teilhabe
- ... Anerkennen von Vielfalt
- ... Einschnitte zu sozialer Gerechtigkeit
- ... Abschied von Aussonderung
- ... die Frage danach, wo meine Schüler bleiben? (Schulleitung Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung)
- ... eine gesellschaftliche Herausforderung

Es folgte ein kurzer Vortrag von Herrn Müller mit einer aktuellen Bestandsaufnahme für Bielefeld (siehe hierzu die Vortragsfolien im Anhang).

Auf Basis seiner am Ende aufgestellten These, dass Bielefelder Schulen bereits Veränderungsprozesse hin zu einer inklusiven Bildungslandschaft beschritten haben, wurden vier Fragestellungen formuliert, die es in Kleingruppen zu diskutieren galt:

Bei der abschließenden Sammlung der Gruppenergebnisse konnten diese nur noch stichwortartig benannt werden, da die zeitlichen Ressourcen für eine gemeinsame Diskussion nicht mehr ausreichten.

Zusammenfassung der Ergebnisse:

Gruppe A: Eine Utopie der Bildungslandschaft in Bielefeld: Wie könnten Schulen für alle gestaltet werden?

- Eine Schule für fast alle!
- Wohnortnähe
- Fortbildungen für Regelschullehrkräfte
- Sachausstattung Personalausstattung und Qualifizierung
- Integrierte Studieminhalte, um auf individuelle Förderbedarfe reagieren zu können

Offene Fragen/Diskussionspunkte

- Elternwille (nach objektiver Benotung)
- Woher kommen die nötigen Sonderpädagogen?

Gruppe B: Ist unser dreigliedriges Schulsystem inklusionsfähig?

In der Gruppe wurden verschiedene Aspekte diskutiert. Einige Thesen werden im Folgenden benannt, wobei sie nicht automatisch den Grundkonsens der Gruppe, sondern auch einzelner Personen widerspiegeln. Entsprechend finden sich auch widersprüchliche Thesen.

- Es wird wahrscheinlich auf eine Zweigliedrigkeit hinauslaufen: Gymnasien und alle anderen Schulformen (Real- und Hauptschule).
- Förderschulen mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung werden auch weiterhin bestehen bleiben, da sie notwendig sind.
- Gymnasien müssen eine inklusive Haltung aufbauen – Widerstände auf verschiedensten Seiten
- eine Möglichkeit wäre ein Abschulungsverbot (gesetzliche Vorgaben verändern).
- Hauptschulen sollten keinen Gemeinsamen Unterricht umsetzen, da sie bereits eine belastete Schülerklientel haben.
- Ein gegliedertes Schulsystem steht inklusiven Prozessen entgegen und ist nicht miteinander vereinbar.
- Damit können auch Gymnasien auf Dauer nicht als eigene Einrichtung erhalten bleiben – Gesamtschulen als konsequente Fortführung von Inklusion?
- Das gleiche gilt für Förderschulen!
- Die Laborschule wurde als ein positives Beispiel für inklusive Prozesse angeführt.
- Ressourcen dürfen nicht mehr an Kindern und deren festgestelltem Förderbedarf festgemacht werden, sondern müssen an Regelschulen fest verankert werden! – Ressourcen-Etikettierungs-Dilemma: In-

dem auch im Gemeinsamen Unterricht Ressourcen an die Etikettierung des Kindes gebunden sind (für jeden Förderschwerpunkt einen bestimmten Anteil an Sonderpädagogen-Stunden), besteht die Gefahr, dass sich die Zahl der Kinder mit festgestelltem Förderbedarf erhöht, da Schulen versuchen, mehr Ressourcen zu erhalten (Ausweitung der Sonderpädagogik!) – eine andere mögliche Interpretation der Zahlen von den Folien der PPP.

Offene Fragen/Diskussionspunkte

- Wo kommen die Sonderpädagogen her? (Personal-ausstattung?)
- Was ist der Unterschied von Integration-Inklusion?
- Wo sind Grenzen der Inklusion?

Gruppe C: Was sind zentrale Gelingensbedingungen für inklusive Prozesse bzw. eine Schule für alle?

Als zentrale Aspekte wurden herausgearbeitet, dass...

- Prozesse für alle Beteiligten offen gestaltet werden müssen.
- Arbeitszeit neu definiert werden muss, da Kooperation und Beratung feste Zeiten braucht!
- kleinere Klassengrößen/Gruppen notwendig sind.
- sächliche Voraussetzungen geschaffen werden müssen (Personal, Räume, Materialien etc.).
- Kompetenzen – sowohl der Sonderpädagogen als auch der Regelschulkollegen – erweitert werden müssen.
- Stadtteilarbeit und Kooperation mit Jugendhilfe elementar sind.
- Elternarbeit eine grundlegende Basis darstellt.
- der Bildungsbegriff gelebt werden muss.

Offene Fragen/Diskussionspunkte

- Ein Problem ist der Übergang zur inklusiven Schule: 4-gliedriges Modell: Gymnasien, Berufsschulen, inkludierende Schulen und Grundschulen.
- An Gymnasien könnte/sollte ein Abschlusungsverbot eingeführt werden.
- Der Wert von Abschlüssen und Curricula muss neu verhandelt und diskutiert werden.
- Inklusion muss schon viel früher gedacht werden, da Ausgliederungsprozesse bereits viel früher beginnen.

- Wo liegen die Grenzen von Inklusion?
- Was wird mit den Förderschulen?
- Wann ist ein Kollegium bereit?

Gruppe D: Wie könnte die Weiterentwicklung zu einer Schule für alle aussehen? Welche Zeiträume sind realistisch?

- Der Aktionsplan für Bielefeld sollte innerhalb eines Jahres vorliegen.
- Das Zeitfenster zur Zielerreichung sollte realistisch bei etwa 10 Jahren liegen.
- Ziele der inklusiven Schule sollten definiert, erarbeitet und verbindlich verfolgt werden.
- Die Umsetzung impliziert die Beteiligung aller Akteure und Professionen.
- Inklusive Prozesse bedürfen der Aufklärung und Bewusstwerdung – Aufklärungskampagnen müssen entwickelt und gestartet werden!
- Dazu sollten Schulen, die sich erfolgreich auf den Weg gemacht haben bzw. eine inklusive Haltung leben als Leuchtturmprojekte hinzugezogen werden und als Anregung für Weiterentwicklung dienen.

Offene Fragen/Diskussionspunkte

- Finanzen: Wer zahlt was?
- Die Ressourcen müssen passen (Personal/Ausstattung)
- Welche Vorgaben durch das Land gibt es bzw. was müsste modifiziert werden? (Schulgesetze/gegliedertes Schulsystem...)
- Wer steuert den Prozess in Bielefeld?

Es war schwierig, eine abschließende gemeinsame These zu formulieren, da die Gruppen umfangreiche Aspekte diskutiert haben. Es wurde in den Schlussworten noch mal kritisch angemerkt, dass die Einschränkung, dass es wahrscheinlich auch weiterhin Gymnasien als eigene Schulform geben wird bzw. weiterhin zumindest von einer Zweigliedrigkeit ausgegangen werden kann, nicht dem inklusiven Gedanken entspricht. Inklusion bedeutet damit, dass die tradierte Gliederung des Schulsystems aufgehoben werden muss, zugunsten einer Schule für alle! Inklusion muss zudem von Anfang an gelebt werden und ist damit ein gesamtgesellschaftlicher Prozess.

PODIUMSGESPRÄCH

Die sich an die Workshops und eine kurze Pause anschließenden Ausführungen von Matthias Wesslowski zu **„Bildungsbiographien zwischen Orientierung und Okzidentierung“** fanden erneut großen Anklang.

Nach einer zusammenfassenden Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse durch die Moderatorinnen und Moderatoren der Workshops begrüßte die Moderatorin Lissy Ishag zum abschließenden Podiumsgespräch die Geschäftsführerin des Bielefelder Jugendrings e. V. Katja Häckel, Prof. Dr. Kai Maaz von der Universität Potsdam, den Abteilungsdirektor Schule bei der Bezirksregierung Detmold Michael Uhlich, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Regine Weißenfeld sowie den städtischen Beigeordneten für Schule/Bürger/Kultur Dr. Udo Witthaus.

Michael Uhlich zeigte sich sicher, dass das angestrebte Bildungsnetzwerk in der Bildungsregion Stadt Bielefeld zu einer Win-win-Situation für alle Beteiligten führen könne. Im Zentrum aller Aktivitäten müsse dabei der/die Jugendliche stehen.

Katja Häckel vertrat die Auffassung, dass Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Schule grundsätzlich gut angelaufen seien. Angesichts begrenzter Ressourcen sei es allerdings nicht immer einfach, die Zusammenarbeit mit Schule zu intensivieren und gleichzeitig originäre Betätigungsfelder nicht außer acht zu lassen.

FEEDBACK

Ein knappes Drittel Konferenzteilnehmer gaben am Ende der Veranstaltung ihre Rückmeldung anhand der vorbereiteten Feedback-Bögen.

In ca. 89 % der Rückmeldungen wurden die Erwartungen an die Bildungskonferenz als erfüllt (36 %) bzw. teilweise erfüllt (53 %) bewertet. Vereinzelt bemängelt wurden der zeitliche Rahmen der Veranstaltung und zu kurze Pausenzeiten. Kritische Anmerkungen gab es darüber hinaus vor allem zur Raumorganisation für die Workshops. Inhaltlich fanden die 8 parallelen Arbeitsgruppen ein geteiltes Echo. Einzelne Workshopteilnehmerinnen und Workshopteilnehmer bemängelten eine unpräzise Aufgabenstellung bzw. eine fehlende Zielorientierung oder gaben zu bedenken, dass die Diskussionszeit für eine dezidierte Auseinandersetzung mit dem gestellten

Auch Regine Weißenfeld bewertete bestehende Strukturen als im Ansatz positiv, sah allerdings die Notwendigkeit sich verändernde Lebensräume von Jugendlichen und Kindern verstärkt in den Blick zu nehmen.

Dr. Udo Witthaus verknüpfte ein Zitat aus Workshop 3, wonach individuelle Förderung im Kopf von Pädagogen beginne, mit der Frage, was jeder einzelne aus der eigenen professionellen Perspektive einbringen könne. Gleichzeitig plädierte er für ein Abrüsten im Verteilungskampf um Ressourcen.

Auch Prof. Maaz zeigte sich überzeugt, dass es ohne Vernetzung nicht gehe, allerdings gebe es keine Generalrezepte, die man dem Bildungssystem überstülpen könne. Er regte an, neu oder wieder darüber nachdenken, welche Funktion Schule habe.

Im Hinblick auf einen Hinweis aus dem Publikum, dass Vernetzung eine Quintessenz vieler pädagogischer Veranstaltungen sei, man sich aber Gedanken machen müsse, was eigentlich machbar bzw. zumutbar sei, plädierte Dr. Witthaus dafür, zunächst klare strategische Ziele zu formulieren, um dann im Rahmen dieser Ziele den Nutzen von Vernetzung zu definieren.

Thema nicht ausgereicht habe. In der Mehrzahl der Rückmeldungen wurden Durchführung, Themenwahl, Zusammensetzung und Moderation der Workshops sowie die Möglichkeit zum Austausch aber lobend kommentiert. Die Resonanz auf die Beiträge von Herrn Wesslowski war nahezu einhellig positiv. Zum Beitrag von Prof. Maaz gab es zwar auch einige kritische Stimmen, die sich vor allem auf die Länge und den hohen Abstraktionsgrad seines Vortrages bezogen, es überwogen allerdings auch hier eindeutig die positiven Rückmeldungen.

Als wesentlicher positiver Aspekt der Gesamtveranstaltung wurden das Zusammenbringen verschiedener Bildungspartnerinnen und Bildungspartner und die Möglichkeiten zur Kommunikation vor Beginn und während der Veranstaltung gesehen.

Zum Abschluss der Tagungsdokumentation soll der ausdrückliche Dank für Ihr Interesse und Ihre Mitwirkung an der 1. Bielefelder Bildungskonferenz verknüpft werden mit einem Ausblick des städtischen Beigeordneten für Schule/Bürger/Kultur



Dr. Udo Witthaus:

Es war gut, zur ersten Bildungskonferenz über die im Kooperationsvertrag vorgesehenen Mitglieder hinaus viele Akteure aus der Bielefelder Bildungslandschaft einzuladen. Auf diese Weise konnte das Bildungsbüro einerseits über die geplanten Aktivitäten und priorisierten Handlungsfelder informieren. Andererseits gab die Konferenz den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Raum, um aus der jeweils eigenen Praxis Impulse bzw. Ideen für die Handlungsfelder beizusteuern.

Das Bildungsbüro wird nun unter Einbeziehung der Gremien der Bildungsregion die vielfältigen Anregungen diskutieren und wo möglich aufgreifen. Innerhalb der zunächst priorisierten Handlungsfelder – das sind Konzepte zur Verbesserung der Übergänge im Schulsystem, der individuellen Förderung, der Aufbau und Ausbau einer Gestaltungspartnerschaft zwischen den Familien und Bildungseinrichtungen sowie die Entwicklung einer durchgängigen Bildungsdokumentation von 0 – 18 Jahren – gibt es eine Fülle von Anknüpfungspunkten für ein effektives Bildungsnetzwerk in der Stadt Bielefeld.

Um das zentrale Ziel der Bildungsregion, die Verbesserung der Übergänge im Bildungssystem, zu erreichen, wird sich das Bildungsbüro mit seinen Projekten zunächst auf den Übergang von der Primarstufe in die

Sekundarstufe I konzentrieren und im nächsten Schuljahr in Pilotbereichen in enger Kooperation mit den Schulen, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie mit weiteren außerschulischen Partnern mit der Planung und Umsetzung beginnen.

Die zu bearbeitenden Fragestellungen sind vielschichtig und beinhalten neben bildungspolitischen auch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Dimensionen. In Bielefeld gibt es für die genannten Dimensionen zahlreiche professionelle Ressourcen. Diese Ressourcen sind effektiv zu bündeln und noch stärker zu vernetzen, um das zentrale Ziel „mehr Bildungsgerechtigkeit“ zu erreichen.

Auf dem Weg zum Ziel mehr Bildungsgerechtigkeit in der Bildungsregion war die 1. Bildungskonferenz ein wichtiger Treff- und Ausgangspunkt. In einer Art Basislager haben sich die Akteure versammelt und ihre Wünsche sowie Ressourcen zusammengetragen. Neben den Zielen wurden auch die ersten Etappen grob geplant. Nun kommt es darauf an, den weiteren Weg gemeinsam mit kompetenten Akteuren zu gehen. Auf diesem Weg werden immer wieder neue Herausforderungen entstehen. Immer wieder werden Kompetenzen neu zu bündeln sein. Das Bildungsbüro hat dabei die Aufgabe, neben der Navigation immer die für bestimmte Aufgaben richtigen Kompetenzen und Teams zusammenzustellen. Die Bereitschaft und Energie, diesen Weg mitzugehen, war bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bildungskonferenz allenthalben spürbar.

| Name | Vorname | Funktion |
|-----------------|-------------------|---|
| Akbulut | Gülhatun | Bildungsbüro |
| Amelung | Rosemarie | Museumspädagogin |
| Baaske | Kathrin | Projektkoordinatorin der Peter Gläsel Stiftung |
| Barkey | Tanja | Konrektorin Bültmannshofschule |
| Beaugrand | Prof. Dr. Andreas | Fachhochschule Bielefeld |
| Bebermeier | Tina | Lehrerin Josefschule |
| Beckmann | Kerstin | Schulpflegschaft Bosse-Realschule |
| Beckmann | Susanne | Geschäftsstelle des Schulamtes für die Stadt Bielefeld |
| Behrens | Heike | RAA |
| Berndt-Schmidt | Karin | Schulleiterin Hamfeldschule |
| Bielemeier | Amrei | Volkshochschule |
| Binder | Annette | Lehrerin Josefschule |
| Binner | Swen | Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld |
| Bögeholz | Gerd | 2. Konrektor der Theodor-Heuss-Realschule |
| Böhm-Kasper | Prof. Dr. Oliver | Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft |
| Böllhoff | Anja | Stiftungsverbund |
| Bollweg | Dr. Petra | Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft |
| Brand | Brigitte | Leiterin Kulturamt |
| Bratvogel | Dorothea | Vertreterin der Sekundarstufe I im Leitungsteam |
| Brodowski | Helmut | Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld |
| Buch | Thomas | experiMINT e. V. |
| Buddemeier | Ilse | Gleichstellungsbeauftragte |
| Burkert | Ursula | Rat der Stadt Bielefeld, FDP-Fraktion |
| Buschmann | Harald | Rat der Stadt Bielefeld, FDP-Fraktion |
| Busch-Viet | Barbara | Bildungsbüro |
| Clausen | Pit | Oberbürgermeister, der Stadt Bielefeld |
| Diekhake | Norbert | Forum für Kreativität und Kommunikation e. V. |
| Diekmann | Ute | Abteilung Tageseinrichtungen für Kinder |
| Dörmann-Flitner | Hanna | Leiterin der Schule am Schlepperweg |
| Drescher | Harald | Bezirksregierung Detmold, Vertreter der Unteren Schulaufsicht im Leitungsteam |
| Droste | Sabine | Bosse-Realschule |
| Duden | Dr. Karin | Schulberatungsstelle der Stadt Bielefeld |
| Duffert | Andrea | Jugendamt, Stadt Bielefeld |
| Duveneck | Anika | Universität Bielefeld |
| Efing | Dr. Werner | Unternehmerverband der Metallindustrie Bielefeld – Herford – Minden e. V. |

| | | |
|----------------|---------------|---|
| Epp | Georg | Leiter des Amtes für Jugend und Familie |
| Erdoğan | Kemal | Vorsitzender Interkultureller Elternverein e. V. |
| Evers | Katja | Volkschhochschule, Fachbereichsleitung Arbeitswelt |
| Feldkamp | Michael | Lehrer am Friedrich-List-Berufskolleg Herford |
| Fette | Walter | Fachberatung der nicht kommunalen Kindertagesstätten |
| Fortmeier | Almut | Stab Dezernat II |
| Frank | Dr. Andrea | Leiterin Servicebereich SL_K5 Beratung für Studium, Lehre und Karriere |
| Fricke | Andrea | |
| Gieselmann | Antje | Leiterin Bildungsbüro Minden-Lübbecke |
| Goerke | Hubert | Studienseminar für Lehrämter an Schulen in Bielefeld |
| Goldbeck | Ursula | |
| Goldbecker | Karsten | CDA-Beauftragter für den Kreis Lippe |
| Göricke-Albert | Heidrun | Lehrerin |
| Grün | Gerd Peter | Rat der Stadt Bielefeld, BfB-Fraktion |
| Günther | Stefan | Stab Dezernat II |
| Günther-Boemke | Dr. Gerlinde | GEW-FG-HuF |
| Häckel | Katja | Bielefelder Jugendring |
| Hagen | Magret | Stellv. Leiterin Westfalenkolleg Bielefeld |
| Harring | Marius | Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft |
| Hellweg | Doris | Mitglied des Jugendhilfeausschusses |
| Hensen | Gabriele | AWO Weiterbildungswerk Bielefeld |
| Herbarth | Dr. Dieter | Schulformsprecher der Berufskollegs |
| Herzog | Ronald | Geschäftsführer Filmhaus Bielefeld |
| Heuwinkel | Dr. Ludwig | Lehrer, GEW-Personalratsmitglied |
| Hilker | Jobst | Agentur für Arbeit Bielefeld |
| Hoecker | Wolfgang | Mitglied des Schul- und Sportausschusses |
| Höfer | Christoph | Leitender Regierungsschuldirektor |
| Hollmann | Jürgen | Schulformsprecher der Hauptschulen |
| Holz | Mechthild | päd. Fachbereichsleitung der katholischen Kindertagesstätten |
| Homann | Ulrike | Eltern |
| Hopster | Kirsten | Vorstand AWO Kreisverband Bielefeld |
| Hübers | Marita | Dipl. Handelslehrerin |
| Hübner | Sven | Projektleiter |
| Hunner-Kreisel | Dr. Christine | Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft |
| Hupe | Burkhard | Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld |
| Isfendiyar | Nilgün | RAA Bielefeld |
| Jensen | Thomas | Leiter der Fachhochschule der Wirtschaft Bielefeld |
| Johner | Kirsten | Jugendleiterin SpVgg Heepen |
| Jösting | Niels | Bildungsbüro |
| Kähler | Tim | Beigeordneter der Stadt Bielefeld Dezernat 5, Soziales |

| | | |
|---------------------|--------------|---|
| Keser | Senol | Leiter der Geschäftsstelle Bielefeld 200oplus |
| Kleinehagenbrock | Heidi | GfS e. V. – Quartiersbetreuung Sieker |
| Kleinkes | Marcus | Rat der Stadt Bielefeld CDU-Fraktion |
| Klöcker | Dirk | Lehrer Johannes-Rau-Schule |
| Kottmann | Dr. Brigitte | Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaften |
| Kranich | Sandy | Sozialpädagoge |
| Krause | Susanne | Geschäftsführerin Wirbelwind GmbH |
| Krause | Rabea Maria | Katholische Kirche |
| Kriete | Heinz | Bezirksregierung Detmold, Vertreter der Oberen Schulaufsicht im Leitungsteam |
| Kruse | Thomas | Bezirksregierung Detmold, Vertreter der Oberen Schulaufsicht im Leitungsteam |
| Kumar | Uta | Lehrerin |
| Künnemann | Ulrike | Rat der Stadt Bielefeld Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| Kuschke | Petra | Leitung der Kita Christkönig |
| Lammel | Roswitha | Schulformsprecherin der Grundschulen |
| Lammersen | Frank | Schulleiter |
| Lange | Winfried | DGB, Region Ostwestfalen-Lippe |
| Leder | Ansgar | Konrektor Bosseschule |
| Lemhoefer | Dirk | Jugendreferent Stadtsporthbund |
| Lenz | Herbert | Geschäftsführer |
| Leutheußer-de Vries | Ruth | Schulleiterin |
| Linnemann | Ulla | Lehrerin |
| Litz | Dr. Julia | Mittelstufenkoordinatorin |
| Lümkemann | Hans-Wilhelm | Vertretung der kooperierenden Ersatzschulträger |
| Luther | Klaus | Berater |
| Maerz | Uwe | Vorsitzender Landeselternschaft Gymnasien |
| Manschmidt | Barbara | Geschäftsführung Stiftungsbereich, Schulen Bethel |
| May | Birgit | Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten |
| Mertelsmann | Jenna | Bezirksschülervertretung |
| Molle | Evelyn | Schulformsprecherin der Realschulen |
| Möller-Bach | Christiane | Bildungsbüro |
| Müller | Georg | Leiter des Amtes für Schule |
| Multmeier | Elwira | Leiterin Westfalenkolleg Bielefeld |
| Mundhenke | Olaf | Kompetenzteam Bielefeld – Geschäftsführer |
| Neth | Angelika | Fachberatung der kommunalen Kindertagesstätten |
| Niemeier | Robert | Praktikant GAB Bielefeld |
| Nießen-Schmidt | Marlies | Bosse-Realschule |
| Nockemann | Lars | Rat der Stadt Bielefeld, SPD-Fraktion |
| Nolte | Eckhard | Projektleiter Berufsorientierung im HBZ Brackwede |

| | | |
|--------------------|-----------------------|---|
| Nothdurft | Gundula | Schulbibliothekarische Arbeitsstelle, Stadtbibliothek |
| Nützler | Susanne | Diplom-Sozialpädagogin Grundschule Brake |
| Obasohan | Viola | Leitung IBZ Kinder- und Jugendbereich |
| Oberschelp | Frank | Musik- und Kunstschule- stellvertr. Leiter |
| Ocak | Onur | Rat der Stadt Bielefeld Fraktion Die Linke |
| Opitz-Jansen | Carola | Projektkoordinatorin |
| Özer | Dipl.-Ing. Cemalettin | Geschäftsführender Gesellschafter |
| Penningroth | Michael | GfS e. V. – Kinder, Jugend und Gemeinwesenarbeit |
| Pilzer | Harald | Leiter Stadtbibliothek |
| Poetting | Christian | Amt für Schule |
| Poglajen | Ute | Amt für Schule |
| Potschies | Ralf | Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände |
| Prizebilla-Voigt | Regina | Jugendhilfeplanerin |
| Psaar | Gabi | Konzept und Beratung |
| Puffer | Regina | Mädchentreff Bielefeld |
| Rebbe | Daniel | Universität Bielefeld |
| Reichmann | Dr. Eva | Inhaberin beruf & leben GbR |
| Riemer | Prof. Dr. Claudia | Universität Bielefeld, Prorektorin für Studium und Lehre |
| Röder | Anne | Beirat für Behindertenfragen |
| Rosenbohm | Veronika | Schulleiterin der Gesamtschule Brackwede |
| Rüther | Andreas | Vorsitzender des Schul- und Sportausschusses |
| Saal | Reinhild | Schulformvertreterin der Förderschulen |
| Schäfer | Klaus | Einrichtungsleiter der AWO |
| Schlegel | Petra | Leitung Kita Weltweit |
| Schmelz | Martin | Rat der Stadt Bielefeld Gruppe Bürgernähe |
| Schmidt | Jens | Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld |
| Schmitz | Claudia | |
| Schönemann | Georgia | Leiterin des Bildungsbüros |
| Schönrock-Beckmann | Heidemarie | Verwaltungsleiterin LWL-Schulverwaltung Bielefeld |
| Seils | Andrea | Evangelische Kirche Schulreferat des Kirchenkreises Bielefeld |
| Settinieri | Dr. Julia | Universität Bielefeld, Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft |
| Siegeroth | Klaus | Leiter des Bielefelder Jugendhauses |
| Sievert | Bianca | Inhaberin beruf & leben GbR |
| Sindermann | Josefine | stellv. Schulleiterin |
| Stammler | Dr. Georg | Stadtelternrat |
| Stäude | Elke | Bildungsbüro |
| Stegemann | Sigrid | Bildungsmanagerin |
| Stein | Markus | Amt für Schule |

| | | |
|-------------------|------------------|---|
| Stichmann | Marcus | Fraktionsreferent, B90/Die Grünen Ratsfraktion |
| Stiegmann | Henning | Jugendbeauftragter des Polizeipräsidiums Bielefeld |
| Strzyzewski | Johannes | Vertretung der Kulturverwaltung |
| Tatje | Susanne | Demografiebeauftragte |
| Tomaschautzky | Gerd | Geschäftsführer |
| Tournier | Andreas | OGS Koordinator |
| Traud | Annette | Referatsleiterin beim LWL-Landesjugendamt Westf. |
| Tscherniak | Karin | Kompetenzteam Bielefeld |
| Uhlich | Michael | Abteilungsleiter Schule bei der Bezirksregierung Detmold |
| Ukena | Dirk | Vorsitzender VHS-Bildungswerk e. V. |
| Urban | Melanie | Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft |
| Urselmann | Ute | Fachhochschule Bielefeld |
| Verbarg | Imke | Bosse-Realschule |
| Volkmer | Susanne | Geschäftsführerin |
| von Bagen | Lars | Leiter der Comeniuschule |
| Voßhans | Karl-Heinz | Leiter des Amtes für Integration |
| Wandersleb | Angelika | Schulleiterin der Bültmannhofschule Schulformsprecherin der Grundschulen |
| Wandersleb | Thomas | Rat der Stadt Bielefeld SPD-Fraktion |
| Warstat | Angelika | Kauffrau u. Mutter von 2 Kindern |
| Wauschkun | Christiane | Schulleiterin des Rudolf-Rempel-Berufskollegs |
| Wehn | Heidrun | Vertreterin der Primarstufe im Leitungsteam |
| Weißfeld | Regine | Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses |
| Wennrich | Martin | Koordination Ganztagsbildung, Falken Bielefeld |
| Westermann-Scharf | Bettina | Konrektorin der Bückardtschule |
| Wiewel | Holger | Päd. Mitarbeiter bei Arbeit und Leben Bielefeld |
| Wirminghaus | Diderk | Schulformsprecher der Gesamtschulen Schulleiter der Gesamtschule Rosenhöhe |
| Witsch | Monika | Wissenschaftlerin |
| Witthaus | Dr. Udo | Beigeordneter der Stadt Bielefeld Dezernat 2, Schule/Bürger/Kultur |
| Wittmann | Dr. Rainer | Schulaufsicht |
| Wolf | Michael | Geschäftsführer Einschlingen |
| Worbs | Manuela | Projektleitung |
| Wrazidlo | Dr. Isolde | Leitung Naturkunde-Museum |
| Wrede | Christina | GS Sudbrackschule |
| Yıldız | Fatoş | Bildungsbüro |
| Youmba-Batana | Dr. Friede | Mitglied des Integrationsrates |
| Ziegler | Prof. Dr. Holger | Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft |
| Zillies | Jörg | REGIE Bielefeld |

Bielefeld

Bildungsbüro

Bildungsbüro der Stadt Bielefeld

Ravensberger Str. 12, 33602 Bielefeld

E-Mail: Bildungsbuero@Bielefeld.de